



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 07.01.2020
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 bis 18:59 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Andreas Schachtschneider
Hendrik Lange
Stefanie Mackies
Claudia Schmidt
Rebecca Plassa
Melanie Ranft
Carsten Heym
Dörte Jacobi
Kay Senius

Andreas Wels

Torsten Schaper

Cordula Henke

Friedrich Lemberg
Daniel Rumpold
André Scherer
Torsten Schiedung
Andreas Slowig
Cathleen Stahs

Ausschussvorsitzender
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Vertreter für Frau Dr. Burkert
Fraktion Hauptsache Halle
Teilnahme bis 18:59 Uhr
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
Sachkundige Einwohnerin
Teilnahme bis 18:59 Uhr
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow
Dr. Heike Schaarschmidt
Frau Dr. Radig
Martin Heinz
Steve Osterwald

Beigeordnete Bildung und Soziales
.....Referentin Bildung und Soziales
.....Leiterin Abteilung Schule FB Bildung
.....Leiter Fachbereich Immobilien
.....Leiter Team Haushalt FB Immobilien

Entschuldigt fehlten:

Dr. Silke Burkert
Heidemarie Klein
Willi Preuk

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Wagner zur Aula 2. IGS**

Herr Wagner sprach als Elternvertreter der ehemaligen 2. IGS vor und sagte, dass durch die Medien bekannt wurde, dass die Aula der Schule teurer werden soll. Deswegen fragte er, warum im Vorfeld nicht die tatsächliche Kostenhöhe bekannt war und sich so eine Steigerung der Kosten ergeben hat.

Herr Heinz antwortete, dass die Änderung des Baubeschlusses unter dem TOP 4.3 Thema sein wird. Der ursprüngliche Baubeschluss beruhte auf einer Vorplanung. Mittlerweile gab es verschiedene Gutachten, Bodenproben, Lärmschutz etc., die diesen aktuellen Finanzierungsstand von jetzt insgesamt ca. 3 Mio. EUR ergeben haben.

Eine Vorplanung hat einen gewissen Ungenauigkeitsgrad; die aktuelle Baupreientwicklung nimmt Formen an, die nicht vorhersehbar waren.

Herr Wagner sagte, dass es Ängste bei den Eltern gibt, dass die Aula jetzt nicht gebaut wird. Eine 50%ige Kostensteigerung ist immens und nicht klar, worauf diese Kostensteigerung beruht und so explodierte.

Herr Heinz erwiderte, dass es verschiedene Sachen gibt, die hier einfließen, wie z. B. die Brandmeldeanlage, bei der eine direkte Schaltung zur Feuerwehr erfolgt, sodass hier ca. 50 TEUR Mehrkosten entstanden.

Herr Schachtschneider verwies auf die Behandlung unter TOP 4.3, wo diese Thematik nochmals ausführlich erörtert wird.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Schachtschneider**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Bildungsausschusses fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Schachtschneider ließ zur vorliegenden Dringlichkeit

Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den
Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung , Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018; Vorlage: VII/2019/00602
Vorlage: VII/2020/00774

abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

**einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit**

Herr Schachtschneider schlug vor, die Behandlung des Haushalts unter dem Tagesordnungspunkt 1 aufzunehmen. Dagegen gab es keinen Widerspruch.

Es gab keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Herr Schachtschneider rief zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 28.11.2019
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602
- 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung , Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018; Vorlage: VII/2019/00602
Vorlage: VII/2020/00774
- 4.2. Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017
- 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/ 2019/00017)
Vorlage: VII/2019/00622
- 4.3. Änderung des Baubeschlusses Neubau einer Aula mit Mehrzwecknutzung an der Marguerite Friedlaender Gesamtschule (vormals 2. Integrierte Gesamtschule), Standort Ingolstädter Straße 33, 06128 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00453
- 4.4. Namensgebung des Neuen Städtischen Gymnasiums
Vorlage: VII/2019/00652
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 28.11.2019

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602

zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung , Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018; Vorlage: VII/2019/00602
Vorlage: VII/2020/00774

Herr Schachtschneider sprach an, dass zur letzten Sitzung durch die Verwaltung in den Haushalt eingeführt worden ist.

Frau Ranft sprach an, dass der Oberbürgermeister in der letzten Sitzung des Stadtrates kundgetan hat, dass er alle bestehenden Änderungsanträge übernimmt. Sie fragte, ob hiervon auch Änderungsanträge des Bildungsausschusses betroffen sind.

Frau Brederlow erwiderte, dass die Aussage des Oberbürgermeisters die Änderungsanträge betroffen hat, die bis zum Zeitpunkt des Stadtrats vorlagen. Bis dahin lag kein Änderungsantrag für den Bildungsausschuss vor.

Herr Lange stellte mehrere Fragen zu verschiedenen IST-Ständen.

Er wollte wissen, ob der Schulhof des neuen städtischen Gymnasiums bereits im Haushalt enthalten ist. Außerdem fragte er, ob die Kosten für die Aula der Marguerite Friedlaender Gesamtschule (ehemals 2. IGS) in der Höhe im Haushalt enthalten sind. Zum Wirtschaftszentrum für die KGS Hutten fragte er, ob dieses am gleichen Standort gebaut werden soll, wo dies jetzt ist.

Zum Digitalpakt fragte **Herr Lange** zu den Formalien für die PPP-Träger, ob diese angepasst werden müssen oder besondere Dinge berücksichtigt werden müssen.

Wie weit sind die Planungen für das Campusgebäude, welches bis 2023/24 im Haushalt eingeplant wurde?

Frau Brederlow antwortete, dass das Campusgebäude mit im Haushalt aufgenommen wurde, aber noch keine konkreten Dinge geplant sind und demzufolge die genauen Kosten noch nicht klar sind. Es gibt ein Vorzugsmodell für das Gebäude und die bestehenden Unklarheiten müssen noch ausgeräumt werden, sodass noch Verhandlungen mit dem Land notwendig sind.

Zur Aula Friedlaender Gesamtschule hat Herr Heinz bereits mitgeteilt, dass die veränderte Summe im Haushalt aufgenommen worden ist.

Zum Wirtschaftszentrum für die KGS Hutten teilte **Frau Brederlow** mit, dass dieses nicht an dem bisherigen Standort gebaut werden soll, sondern am Schulgelände.

Herr Heinz ergänzte, dass die Kosten für das neue städtische Gymnasium für die nächsten Jahre auch angepasst worden sind und auch die Schulhofgestaltung beinhalten.

Zu PPP sagte er, dass es mehrere Anpassungsmaßnahmen in Schulen gibt, sodass es Ergänzungsvereinbarungen mit dem Vertragspartner gibt, die Kosten liegen bei der Stadt. Genauso wird es bei der integrierten Verkabelung mit den Anpassungsmaßnahmen sein, dass Gespräche geführt werden müssen.

Durch **Herrn Lange** wurde auf die Übersicht der IST-Zahlen vom 12.12.2019 eingegangen. Auffällig ist, dass bei sehr vielen Schulen im Dezember 2019 wesentlich weniger Mittel abgeflossen sind, als veranschlagt wurden. Er benannte als Beispiel die Andersenschule, bei der im Dezember von 300 TEUR über 100 TEUR noch nicht abgeflossen sind.

Er sagte, dass er bei den Grundschulen die nicht abgeflossene Summe gegen die vorgeschlagene Summe von 2020 gegengerechnet hat. Im Plan 2019 waren für die Schulen 324 TEUR, das IST liegt bei ca. 212 TEUR, der Plan ist noch auf 345 TEUR hochgegangen. Der Plan 2020 ist nochmal um ca. 20 TEUR nach oben gegangen. Wenn also 100 TEUR noch nicht abgeflossen sind, ist dies absolut irritierend.

Herr Lange sprach an, dass er die Summen zu den IST-Zahlen von Dezember 2019 ausgerechnet hat und dies als Delta zu dem ausgerechnet hat, was für die Grundschulen 2020 veranschlagt worden ist und kam dabei auf eine offene Summe in Höhe von 1.775 Mio. EUR.

Er wollte hierzu eine Erklärung, da er es nicht optimal finden würde, wenn Mittel bei den Schulen „geparkt“ werden, die dann woanders verwendet werden. Hier ist er für eine Haushaltsklarheit und – wahrheit.

Frau Brederlow erklärte, dass die Zahlen den Stand von Mitte Dezember 2019 widerspiegeln und nicht die Jahresendrechnung. Sie wies darauf hin, dass noch nie, wenn Anträge auf überplanmäßige Ausgaben anfielen, diese Mittel aus dem Bereich der Sachausgaben von Schulen genommen worden sind. Das Abrufverhalten der Schulen ist bei manchen Themen auch sehr unterschiedlich.

Herr Frolow ergänzte, dass der Mittelabfluss eine Momentaufnahme zum Stichtag ist. Der Haushalt kann noch bis Mitte Januar 2020 gebucht werden, sodass hier noch Bewegung drin ist.

Bei den Jahresergebnissen der Grundschulen 2018 sind die Summen im Aufwand nicht groß divergiert zu den Ansätzen, die jetzt gebildet worden sind. Die Jahresergebnisse der Vorjahre aus den bestätigten Abschlüssen heraus, zeichnen das Bild, dass es eher statisch ist und keine großen Bewegungen sind. In der Planung wurden die vorherigen Planungsansätze fortgeschrieben.

Herr Lange sprach an, dass beim Christian-Wolff-Gymnasium über 500 TEUR veranschlagt gewesen sind und 200 TEUR sind rausgeflossen. Er kann sich nicht vorstellen, dass das noch abfließt.

Er bat um eine aktuelle IST-Stand Liste aus Januar 2020.

Die Verwaltung sagte dies zu.

Herr Schachtschneider fragte nach den prozentualen Ausgaberesten bei den Schulen.

Frau Brederlow erwiderte, dass dies nicht ad hoc beantwortet werden kann.

Frau Ranft bat darum, dass der IST-Stand zu Ende 2019 für alle Schulformen vorgelegt werden kann, dann müssen auch keine Ausgabereste o. ä. mehr vorgelegt werden, da dies dann ableitbar ist.

Sie kündigte einen Änderungsantrag ihrer Fraktion zu Schulsekretärinnen bis zum Finanzausschuss an.

Herr Slowig fragte, warum im Haushaltsplan ein Teil der Hausmeister und Schulsekretärinnen mit der E 6 und ein größerer Teil mit der E 5 hinterlegt sind.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die Schulsekretärinnen zum Fachbereich Bildung gehören. Hier wurden auch die Stellenbeschreibungen überarbeitet.

Herr Heinz informierte, dass die alte Bewertung durch den Personalbereich eine E 6 beinhaltete und entsprechend der Stellenbeschreibung und –bewertung diese Stellen mit einer E 5 versehen wurden. Die Hausmeister sind aktuell auch in die E 5 und nicht mehr E 6 eingestuft.

Wortprotokoll auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion

Herr Lange

Ja, ich würde gern das Rederecht für Herrn Senger als Elternratsvorsitzenden beantragen.

Herr Schachtschneider

Dann werden wir das abstimmen.

Zum jetzigen Punkt, ja? So habe ich das verstanden.

Herr Lange

Zum jetzigen TOP, ich muss das ja punktweise dann beantragen.

Herr Schachtschneider

Also, okay, dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung.

Wer für das Rederecht ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

Gegenstimmen? Enthaltungen? Bei einer Enthaltung, vielen Dank.

Dann würde ich Herrn Senger an das Mikro, ach, da ist Herr Senger.

Herr Senger. Da vorn bitte.

Herr Senger

Danke erstmal, dass ich reden darf und Fragen stellen darf. Auch von mir erstmal noch gesundes Neues.

Ich hatte ja schon beim letzten Mal, wo es um den Haushalt ging, nachgefragt in Bezug auf Aufwüchse in den Schülerzahlen, die logischerweise sich auch irgendwo in dem Haushalt niederschlagen müssen, wenn es darum geht, Räumlichkeiten, Kapazitäten der Gebäude vorzuhalten. Da gab es zwar eine Aussage, die noch sehr, sehr nebulös war, nichtdestotrotz sind wir in der Haushaltsplanung. Es muss ja irgendwo ein Punkt festgehalten werden, der genau diesen Aufwuchs der Schüler widerspiegelt, in Form von Finanzen, die benötigt

werden, um halt eben Räumlichkeiten verfügbar zu machen oder ähnliches. Das fehlt mir nach wie vor und unabhängig davon, dass wir vielleicht für die eine oder andere Schule ein Ausweichobjekt schaffen wollen und da Planungen haben, muss es ja trotzdem auch dafür letztendlich finanzielle Mittel geben, die dafür eingesetzt werden können. Die können ja nicht erst zu einem Zeitpunkt kommen, wo wir sagen, huch, jetzt ist das Jahr rum, jetzt ist das neue Jahr, jetzt brauchen wir plötzlich Räumlichkeiten, die müssen ja auch vorbereitet werden. Und wie gesagt, da finde ich im Haushalt gar nichts, vielleicht ist es auch irgendwo versteckt oder ich bin nicht in der Lage, es richtig zu lesen, das ist durchaus möglich. Meine konkrete Frage: Wo, an welcher Stelle, ist da etwas geplant und wenn nichts geplant ist, wann wird es geplant?

Herr Schachtschneider

Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Auch wenn es wieder eine nebulöse Antwort aus Ihrer Sicht sein wird, wir haben im Haushalt hier das aufgenommen, wo wir tatsächlich auch wissen, diese Räume stehen zur Verfügung und diese Ausstattung brauchen wir für die einzelnen Bereiche, für die einzelnen Schulen.

Wir haben in den vergangenen Jahren immer auch Situationen gehabt, dass wir einen weiteren Klassenzug an der einen oder anderen Stelle aufnehmen mussten, da geht es hauptsächlich um die Ausstattung oder Anmietung von Räumen, das haben wir - soweit uns das momentan verfügbar ist - im Haushalt auch mit aufgenommen über den Fachbereich 24.

Weitere Planungen, die momentan noch nicht konkret mit Mietverträgen und ähnlichem unterlegt sind, sind noch nicht aufgenommen.

Herr Schachtschneider

Herr Senger bitte.

Herr Senger

Nachfrage: Aber ich sitze schon eine ganze Weile hier drin und ich weiß auch, dass, wenn solche Themen angestanden haben, das man da schon immer bestimmte Größenordnungen vorgeplant hat und hat gesagt, die parken wir erstmal, die nehmen wir für diesen Bereich, wenn es dann konkretisiert wird, wissen wir auch, was wir dann brauchen. Aber das zumindest schon mal was drin stand, so war es bisher in der Vergangenheit, wenn das jetzt nicht so ist, gut, dann muss es ja eine Erklärung geben, warum das jetzt nicht so gehandhabt wird. Aber wie gesagt, bisher war das so und deswegen habe ich auch erwartet, dass es in diesem Fall dann so kommen wird.

Frau Brederlow

Also für Anmietungen und das wäre es ja in dem Fall, gibt es im städtischen Haushalt eine globale Veranlagung. Das betrifft dann in dem Fall nicht ausschließlich Schulen, sondern Anmietungen insgesamt und Herr Heinz oder Herr Osterwald, können Sie sagen, wo man das findet?

Herr Osterwald

Ja, wenn ich darf. Wir haben da eine Position unter dem Produkt 1.11171 Immobilienwirtschaft mit aufgenommen, die nennt sich Bedarfsanmietung, aus der wir uns dann für Mehrbedarfe in den Schulen mehr oder weniger „bedienen“, will ich das mal so salopp ausdrücken. Es ist also im Bereich des FB 24 veranschlagt.

Herr Senger

Das kann ich jetzt nicht nachvollziehen. Können Sie da eine Größenordnung sagen, die vielleicht einen Aufwuchs darstellt oder können Sie das jetzt nicht? Weil, wie gesagt, ich bin

ja momentan ziemlich eingeschränkt nur handlungsfähig.

Herr Osterwald

Ja also unsere Haushaltszahlen habe ich jetzt für die Position nicht mit, aber wir bewegen uns da im Millionenbereich.

Herr Senger

Plus Aufwuchs?

Herr Osterwald

Nein, insgesamt.

Unverständlicher Reinruf Herr Lange-

Herr Senger

Bitte?

Herr Lange

0,9 Millionen.

Herr Senger

Okay.

Wortprotokoll Ende

Herr Schachtschneider fragte nach weiteren Wortäußerungen.

Herr Lange fragte, wie der Haushalt zu den ganzen geplanten Umzügen aussieht, ist dies gestiegen?

Herr Osterwald erwiderte, dass es sich hier nicht nur um eine Haushaltsstelle handelt, da die Schulumzüge an der jeweiligen Schule, die umzieht, veranschlagt wurden. Die ermittelten Kosten wurden dort auch hinterlegt.

Herr Schachtschneider fragte nach der Photovoltaik bspw. beim Christian Wolff Gymnasium oder beim Sportgymnasium. Da ist ein Zuschuss, der im Ergebnis 2018 bei fast 10 TEUR lag (Seite 944) und dann geht der Ansatz auf 6,7 TEUR runter. Dafür möchte er eine Erklärung. Eventuell ist das Minus davor auch falsch gesetzt.

Herr Osterwald verneinte dies. Bei den Photovoltaikanlagen und Blockheizwerken ist es so, dass immer nur zwei Positionen veranschlagt wurden. Die Ertragsanlage, die aus Stromverkauf generiert wird und zum anderen die entsprechenden Instandhaltungsleistungen für die jeweilige Anlage. Da kann es durchaus passieren, dass die Instandhaltungsleistung den Ertrag, der daraus generiert wird, übersteigt.

Herr Schachtschneider sagte, dass ihm das dann unverständlich ist. Wenn eine Photovoltaikanlage sich nicht rechnet, kann die auch abgebaut werden.

Herr Lange verwies auf die Antwort der Verwaltung auf die entsprechende Anfrage von Herrn Scherer und seiner Anfrage, die in der Haushaltstabelle hinterlegt wurden.

Herr Lange führte in den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Schachtschneider fragte nach einer Begründung, warum diese Bereiche, außer beim

Schulumweltzentrum Franzigmark - was ein Beschluss vor Jahren war - gekürzt worden sind.

Frau Dr. Radig antwortete, dass bei der Zooschule und Botanikschule die Beträge entsprechend der Abforderungen von Sachkosten angepasst worden sind. Bei „Jugend trainiert für Olympia“ sind die Mittel auch bedarfsgerecht geflossen und es erfolgte die entsprechende Anpassung.

Durch **Herrn Lembert** wurde gefragt, was unter „sonstigen schulischen Maßnahmen“ zu verstehen ist und ob hier eventuell Mittel wieder gespart werden könnten.

Frau Brederlow erwiderte, dass diese Frage in der letzten Sitzung schon kam. Dies hängt mit dem Projekt „Bildung integriert“ zusammen, weil es da eine Aufstockung gab. Das Projekt läuft noch bis 2021.

Herr Slowig sah die Summe bei „Jugend trainiert für Olympia“ als kritisch an. Die realen Ausgaben hängen immer auch von halleschen Erfolgen ab. Dahinter verbergen sich auch Reisekosten zu Landeswettbewerben u. ä. Der Betrag sollte gelassen werden, wo er ist und deswegen ist er für den entsprechenden Änderungsantrag. Das kann von Jahr zu Jahr immer etwas differieren.

Frau Plassa fragte zur Zooschule nach und befürwortete den Änderungsantrag mit der Erhöhung. Es ist nur ein Teil, wenn von Lehrer/-innen Sachkosten abgefordert werden, der andere Teil ist die räumliche Ausstattung. In der Zooschule ist die Ausstattung bei 1985 stehen geblieben, hier sollte investiert werden.

Durch **Frau Ranft** wurde angekündigt, dass ihre Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen wird, sich aber beim Haushalt enthalten wird, da erst am Montag die fraktionsinterne Haushaltsabstimmung läuft. Es werden auch noch Änderungsanträge von ihnen eingereicht werden.

Sie verwies auf die Antwort der Verwaltung auf die Frage, warum keine Mittel für das Jugendparlament eingestellt wurden, welche lautete, dass die Aufgaben hier erst noch definiert werden müssen und erst dann die Untersetzung von Haushaltsmitteln erfolgt. Ihre Fraktion sieht das anders. Es wird jetzt schon eine Stelle benötigt, die an der Satzung mitarbeitet und es muss auch im Vorfeld Öffentlichkeitsmaterial geben. Dazu wird ihre Fraktion noch reagieren. Außerdem wird noch ein Änderungsantrag zur Erhöhung der Schulsekretärinnenstellen kommen.

Herr Wels erklärte, dass nicht nachvollziehbar ist, wieso bei „Jugend trainiert für Olympia“ aufgestockt werden soll, wenn die Mittel gar nicht abgerufen worden sind. Das Einsparungspotential sieht seine Fraktion als sachlogisch an.

Herr Lange verwies auf die Entwicklung der letzten Jahre. Er wies darauf hin, dass es nur um 1000 Euro geht, sodass der Betrag des letzten Jahres wieder da wäre. Es soll auch ein Signal sein, dass diese Unterstützungsleistung auf dem gleichen Niveau gehalten werden soll.

Außerdem wies er darauf hin, dass im Änderungsantrag unter Punkt 1 die Summe korrekterweise 50 000 und nicht 5000 heißen muss, hier fehlt eine null. Das bat er zu entschuldigen.

Herr Wels betonte, dass es nicht so aussehen soll, dass seine Fraktion gegen den Sport ist, aber 1000 Euro als Signal anzusehen, ist falsch. Wenn es ein Signal geben soll, müssten mindestens 10 000 Euro stehen, um noch mehr Kinder zu animieren, daran teilzunehmen.

Wenn die Summe aber bisher nicht abgerufen wurde, wird das auch in den nächsten Jahren nicht abgerufen werden.

Herr Slowig sagte beispielhaft für „Jugend trainiert für Olympia“, dass beim Stadtfinale Volleyballfest vier Mannschaften gewesen sind, jetzt sind es neun Mannschaften in verschiedenen Altersklassen. Dann gehen mehr Sieger auch mit mehr Reisekosten etc. hervor. Deswegen sah er den Posten mit 3,5 TEUR positiv angesetzt.

Wortprotokoll auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion

Herr Senger

Ja also, für das Umweltzentrum finde ich den Antrag von den LINKEN sehr gut, ist längst überfällig. Ich habe trotzdem mal eine Frage. Das hat ja nicht nur mit einer Frage des Haushaltes zu tun, sondern da gibt es ja auch einen Rahmenvertrag mit dem BUND, der müsste ja dann theoretisch auch angepasst werden, geht das denn jetzt so einfach oder wie läuft das ab?

Herr Schachtschneider

Herr Lange

Frau Brederlow

Wenn Herr Lange das beantworten möchte, darf er das gerne tun.

Herr Schachtschneider

Ach so.

Frau Brederlow

Wir haben einen Rahmenvertrag, der auf einer Beschlusslage des Stadtrates basiert. Das heißt, wenn wir das System insgesamt verändern wollten, bräuchten wir einen neuen Beschluss. Das jetzt ist tatsächlich, sich von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr zu hangeln, das ist einfach zur Erläuterung. Die Summe, die ursprünglich drin stand, entspricht dem, was wir im Rahmenvertrag haben.

Ende Wortprotokoll

Herr Lange äußerte, dass er sich vorstellen kann, dies mal mit einem Antrag zügig anpassen zu wollen. Das muss jetzt zur Diskussion Haushalt aber nicht erfolgen.

Durch Herrn Lembert wurden die Stadträte gefragt, ob es als realistisch angesehen wird, wenn dies alles beschlossen wird, dass das Landesverwaltungsamt dem Haushalt der Stadt dann noch zustimmt. Es müssen Schulden abgebaut werden und jetzt wird über noch mehr Mittel diskutiert.

Herr Senius entgegnete, dass der Haushalt der Stadt Keinen glücklich macht. Deswegen hat sich seine Fraktion auch bewusst mit Änderungsvorschlägen zurückgehalten. Er kann die einzelnen Änderungsanträge nachvollziehen, neigt aber in der Abwägung des gesamten Haushaltes eher dazu, den Haushaltsentwurf der Stadt mitzutragen und bei Haushaltsveränderungen Gegenvorschläge konkret zu machen.

Herr Lange sagte, dass mögliche Deckungsquellen in der nächsten Fraktionssitzung angeschaut werden. Am Ende geht der Finanzausschuss nochmal alle Änderungsanträge durch und bisher wurde es immer geschafft, alle Änderungswünsche in den Haushalt hinein zu bekommen und auch gegen zu finanzieren.

Herr Schachtschneider ging nochmals auf die Problematik Schulsekretärinnen ein.

Seine Fraktion hat dies bereits vor Jahren thematisiert, da die Besetzung der Schulsekretariate, insbesondere auch an Grundschulen, als sehr prioritär angesehen wurde und wird. Jetzt eine Deckungssumme im Haushalt zu finden, sieht er als problematisch an, da auch keine Mehreinnahmen zur Verfügung stehen.

Frau Ranft kündigte an, dass ihre Fraktion einen Änderungsantrag für 7,5 Sekretariatsstellen mit einem Deckungsvorschlag bringen wird. Sie bat darum, dass die Mitglieder des Bildungsausschusses ihre Fraktionen fachlich überzeugen sollen, dass diese Stellen erforderlich sind und dem Änderungsantrag dann zugestimmt werden kann.

Herr Schachtschneider erwiderte, dass es hierbei um 300 TEUR geht und wenn eine Deckung hierfür zur Verfügung stehen sollte, die nicht einer anderen wichtigen Sache weggenommen werden soll, seine Fraktion sich nicht gegen eine Änderung sperren wird.

Herr Senius äußerte ebenfalls, dass der Änderungsantrag mit dem Deckungsvorschlag eingereicht werden soll, damit dann darüber geredet werden kann. Diese Verfahrensweise aus dem letzten Jahr hält er auch für zielführend, um zu sehen, woher die Mittel kommen sollen. Als einzige Ausnahme sah er die bereits im Dezember eingereichten Änderungsanträge an, zu denen der Oberbürgermeister bereits eine Übernahme angekündigt hatte.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Schachtschneider** zur Abstimmung auf.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung ,
Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den
Beteiligungsbericht 2018; Vorlage: VII/2019/00602
Vorlage: VII/2020/00774**

Abstimmungsergebnis skE: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis StrÄ: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Das Produkt 1.24301.01 Schulumweltzentrum Franzigmark wird um 2871,00 € auf 50000 € erhöht
2. Das Produkt 1.24301.02 Ökologieschule Halle-Franzigmark wird um 2500,00 € auf 22400,00 € erhöht.
3. Das Produkt 1.24301.03 Botanikschule wird um 2475,00 € auf 4300,00 € erhöht.
4. Das Produkt 1.24301.04 Zooschule wird um 2525,00€ auf 4000,00€ erhöht.
5. Das Produkt 1.24301.05 Jugend trainiert für Olympia wird um 1000,00 € auf 3500,00 € erhöht.

zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602

Abstimmungsergebnis skE: zugestimmt mit Änderungen

Abstimmungsergebnis Strä: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2020 mit dem Haushaltsplan 2020.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2018 zur Kenntnis.

zu 4.2 Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017

zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/2019/00017)
Vorlage: VII/2019/00622

Herr Schachtschneider wies darauf hin, dass die Verwaltung zu dieser Beschlussvorlage im Dezember 2019 bereits eingeführt hatte.

Wortprotokoll auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion

Herr Schachtschneider

Frau Ranft. Jetzt habe ich Sie nicht übersehen.

Frau Ranft

Super, ich würde gern das Rederecht für Herrn Senger beantragen, für diesen TOP.

Herr Schachtschneider

Dann stelle ich wiederum das Rederecht für Herrn Senger für diesen TOP zur Abstimmung. Wer stimmt für das Rederecht von Herrn Senger?

War das jetzt ein Geschäftsordnungsantrag? (an Herrn Lange gerichtet).

Herr Lange

Nein, noch nicht....*unverständlich, da ohne Mikro.*

Herr Schachtschneider

Ach so. Es hätte ja sein können, dass ich den übersehen habe. Gut. Die Gegenstimmen. Die Enthaltungen, bei einer Gegenstimme. So, jetzt sehe ich einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Lange.

Herr Lange

Im Kulturausschuss ist es noch nicht durch, wir sollten es dann wieder vertagen und ich bleibe noch bei der Frage, inwieweit wir als Bildungsausschuss zuständig sein müssen, dafür. Ich könnte auch gut damit leben, wenn wir uns hier als für nicht zuständig erklären und das dem Kulturausschuss entsprechend überlassen.

Herr Schachtschneider

Frau Brederlow, bitte.

Frau Brederlow

Gegenrede an der Stelle seitens der Verwaltung. Diese Beschlussvorlage ist keine alleinige Sache der Kultur, es waren drei Geschäftsbereiche beteiligt und diese drei Geschäftsbereiche bringen das in ihre Ausschüsse entsprechend ein. Und was hat der Bildungsausschuss damit zu tun? Wir hatten in den Arbeitsgruppen, die wir durchgeführt haben, in den Sitzungen auch Schulen beteiligt, die eben Räume beispielsweise zur Verfügung stellen oder für bestimmte Angebote Räume benötigen und deswegen ist das auch durchaus eine Sache, die, also für die Kooperationspartner beispielsweise, die auch hier in den Bildungsausschuss gehört.

Herr Schachtschneider

Gut, wir haben einen Geschäftsordnungsantrag, den stimmen wir jetzt ab. Wer den Geschäftsordnungsantrag, das heißt, verschieben, Herr Lange, vertagen in die nächste Sitzung?

Herr Lange

Ja.

Herr Schachtschneider

Dann heißt der Geschäftsordnungsantrag: Vertagen in die nächste Sitzung im Februar. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Die Gegenstimmen, Enthaltungen. Dann haben wir den Punkt 4.1. Freiraumkonzept, einschließlich des Änderungsantrages, vertagt. Herr Senger, es tut mir leid.

Ende Wortprotokoll.

Abstimmungsergebnis:**vertagt****Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Konzeption zu Freiräumen für engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Halle (Saale) („Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019“).

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/2019/00017)
Vorlage: VII/2019/00622**

Abstimmungsergebnis:**vertagt**

Beschlussvorschlag:

2. Damit verbunden beschließt der Stadtrat einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 55T€, welcher vorbehaltlich eines genehmigten Haushaltes haushaltsneutral durch Veränderungen desselben zur Verfügung gestellt wird.

**zu 4.3 Änderung des Baubeschlusses Neubau einer Aula mit Mehrzwecknutzung an der Marguerite Friedlaender Gesamtschule (vormals 2. Integrierte Gesamtschule), Standort Ingolstädter Straße 33, 06128 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00453**

Wortprotokoll auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion

Herr Schachtschneider

Frau Ranft bitte.

Frau Ranft

Ich möchte das Rederecht für Herrn Senger beantragen.

Herr Schachtschneider

Ich könnte ja jetzt keck sagen, nein, das war natürlich auf den Punkt 4.2 bedacht. Jetzt stelle ich das Rederecht für Herrn Senger zum Punkt 4.3 und zwar ist es die Aula, nochmal zur Abstimmung.

Herr Heym unverständlich, da ohne Mikro.

Herr Schachtschneider

Herr Heym noch eine Nachfrage zum Antrag?
Okay.

Herr Heym

Inwieweit kann der Herr Senger uns bei der Entscheidung zum Bauantrag an der Friedländerschule helfen?

Herr Schachtschneider

Dann würde ich die Frage an Frau Ranft weitergeben.

Frau Ranft

Genau. Also ich finde, dass Herr Senger ja sehr gut vernetzt ist, auch in die Elternschaft und wir hier ja auch in der Einwohnerfragestunde auch eine Elternfrage hatten, die sich ja jetzt nur auf die Schule bezieht und Herr Senger ist ja noch mit mehreren Schulen vernetzt, die ja auch gegebenenfalls in den Genuss einer Aula kommen und um die Information der Elternschaft hier gebündelt vorzutragen, ist doch Herr Senger hier der Richtige.

Herr Schachtschneider

Herr Heym, noch eine Nachfrage?

Herr Heym

Nein, dann beantrage ich das Rederecht für Herrn Wagner.

Herr Schachtschneider

Das heißt, Herr Wagner hat jetzt, Sie sind natürlich damit einverstanden?

Herr Wagner

Ja.

Herr Schachtschneider

Ja gut, es klang oder sah für mich von weitem so aus, als ob Sie das gar nicht wollten, dann bräuchten wir das nicht, gut, dann machen wir das in der Reihenfolge.

Zuerst war der Antrag *Rederecht für Herrn Senger*. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Zustimmung. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei einer Enthaltung.

Jetzt das *Rederecht für Herrn Wagner*. Wer stimmt dem zu, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Die Gegenstimmen, die Enthaltungen.

Gut, dann haben beide Herren das Rederecht. Sind Sie damit einverstanden in der Reihenfolge? Beide sitzen am Mikro jetzt gleich. Dann würde ich sagen, Herr Senger beginnt. Oder möchten Sie erst am Ende? Okay.

Unverständliches Zwischenreden

Frau Brederlow

Vielleicht sollte die Verwaltung jetzt erstmal.

Herr Schachtschneider

Ach, Entschuldigung, die Verwaltung, die habe ich jetzt völlig raus...

Frau Brederlow

Also, es ist eine Beschlussvorlage und insofern ist die Verwaltung Einbringende.

Ende Wortprotokoll

Durch **Herrn Heinz** wurde erläutert, dass der Baubeschluss auf einer Vorplanung fußte. Mittlerweile sind im Rahmen der Durchplanung einige vertiefende Gutachten und Betrachtungen eingetroffen. Hieraus haben sich Kostenanpassungen bzw. –erhöhungen ergeben. Er wies auf die Baugrundverhältnisse hin, wobei rund 1200 qm entsprechend zu behandeln sind. Es trat Schichtenwasser auf, sodass undurchlässiger Beton einzusetzen ist. Dafür allein sind ca. 100 TEUR erforderlich, die in der Vorplanung nicht erfasst werden konnten.

Zur Innenausstattung teilte **Herr Heinz** mit, dass erkannt wurde, dass eine zusätzliche Akustikdecke, insbesondere im Aulabereich, unabdingbar ist. Hier geht es um rund 150 bis 180 TEUR.

Außerdem gibt es - wie es der Vorlage auch entnehmbar ist – die Aspekte Beschallung und die Klimaanlage vom Dach muss runter. Es wurden auch 80 qm mehr Fläche geschaffen für adäquate und zukunftsfähige Raumsituationen.

In der Fassade sollen im unteren Bereich Keramikfliesen angebracht werden. Dies ist zwar ca. 30 TEUR teurer, aber auf jeden Fall nachhaltiger, pflegeleichter und robuster. Eine Brandmeldeanlage bis zur Feuerwehr ist geplant. Zur Oberflächenentwässerung bestehen die Stadtwerke auf einer Regenrückhaltung im Gelände, auch das verursacht einen Aufpreis von ca. 60 TEUR.

Herr Heinz wies auf die steigenden Kosten im Baubereich hin, sodass auch diese aktuell angepasst werden mussten. Somit bewegen sich die Mehrkosten bei ca. 1 Mio. Euro.

Herr Lange hob zuerst die Begründung der Verwaltung zur Priorität des Baues einer Aula hervor, da die Verwaltung ja vorher auf einer anderen Meinung beharrte. Der Bau der Aula ist trotz der entstandenen Mehrkosten nicht infrage zu stellen, dennoch hinterfragte er den Kostenaufwuchs, da die Summe sehr hoch ist. Deswegen fragte er, wer die Vorplanung gemacht hat.

Irritierend empfand er die Aussagen zur Statik, die bei einer Planung eines Gebäudes sofort mitgeplant wird. Dass die Klimaanlage nicht mehr auf dem Dach gebaut werden soll, sondern jetzt andere Maßnahmen greifen, ist für ihn erklärungsbedürftig. Ähnlich ist es bei der Barrierefreiheit, die bei neuen Bauten auch gewollt ist. Ihm ist unklar, wieso vorab nicht bekannt war, wie viel Rollstuhlfahrer dabei sind und demzufolge die Platzverhältnisse nicht ausreichend sind. Deswegen fragte er nochmals, wer für die Vorplanung verantwortlich ist.

Zur Hofflächengestaltung mit dem Mengenzuwachs an Gehölzen sprach **Herr Lange** an, dass ihm unklar ist, wieso das nicht in dem gesamten Baubeschluss für die Schule schon mit berücksichtigt worden ist. Er fragte, warum der Boden betoniert und nicht recycelt werden kann.

Herr Heinz sagte, dass es sich bei der Aula um einen Bau ohne Projektsteuerung handelt. Geplant wurde das von einem externen renommierten Büro, dem Büro Obermeyer.

Er sagte nochmals, dass es sich damals um eine Vorplanung gehandelt hat, die von der Verwaltung per Aufgabenstellung initiiert wurde und auch die grobe Skizze vom Büro Obermeyer als grob auskömmlich eingeschätzt wurde. Im Zuge der Durchplanung erfolgten entsprechende Abfragen, bspw. bei der Bauordnung und bei den Stadtwerken, wie genau dies erfolgen muss. Dann kamen Kostenänderungen zu den Kostenschätzungen und –vorplanungen dazu. Überraschend war hier das Bodenverhältnis, da es sich um einen Z 2-Boden handelt.

Bei der behindertengerechten Vorplanung wurden noch nicht die genauen Zuwegungen und Wegebeziehungen angeschaut. Im Rahmen der weiteren Durchplanung kam die Verwaltung zu dem Ergebnis, dass hier eine gewisse Aufhebung angemessen und zukunftsfähiger wäre.

Durch **Herrn Schaper** wurde vorgeschlagen, auf die Keramikverschalung aus Kostengründen zu verzichten. Er fragte, was der Unterschied zwischen einer qualifizierten vertiefenden Vorplanung und einer Durchplanung ist, dass hier Kosten so immens in die Höhe gehen können.

Herr Heinz antwortete, dass die Keramikplatten ca. 30 TEUR kosten. Bei dem Unterschied zwischen einer reinen Putzfassade gegenüber einer Keramikfassade überwiegen die Vorteile in der laufenden Pflege als auch die Haltbarkeit. Deswegen wurde in der Abwägung diese Entscheidung getroffen.

Zum Unterschied zwischen einer Vorplanung und einer Entwurfsplanung äußerte Herr Heinz, dass die Verwaltung nicht selber plant. In der Stadtverwaltung gibt es Projektentwickler und Koordinatoren, die gemeinsam mit dem Nutzer, hier mit der Schule, eine qualifizierte Aufgabenstellung entwickeln (wie viel Räume soll es geben, welche Qualitäten will ich haben; schulfachliche Aufgabenstellungen, baufachliche Aufgabenstellungen etc.).

Anschließend wird ein externes Büro beauftragt, die suggestive entsprechende Planungsstufen erarbeiten. Der Qualitätssprung erfolgt dann zur Entwurfsplanung. Da muss auch ein Objektplaner dabei sein, der die TGA – Personen: Heizung, Lüftung- und Sanitär

bringen muss. Ein Statiker muss eingebunden werden, der dann auch den Baugrundgutachter mitbringt. So ergibt sich die Durcharbeitung des Objektes.

Dadurch können dann auch die Mehrkosten gegenüber der Vorplanung anfallen, was im Bauwesen nicht untypisch ist.

Durch **Herrn Schachtschneider** wurde kritisiert, dass sich die Mehrkosten auf 1,4 Mio. EUR gegenüber der Vorplanung belaufen. Dies sind 30 % Mehrkostenaufwuchs, die er erläutert haben möchte.

Herr Heinz sagte, dass eine Kostenermittlung relativ schwierig ist, da die Baukosten enorm gestiegen sind und diese demzufolge nicht verlässlich taxiert werden können.

Die Stadtwerke wurden konkret angefragt, ob diese den Neubau an das Abwassernetz wie bisher anschließen. Mittlerweile verursacht die Entwässerung des gesamten Baukörpers diese Mehrkosten von ca. 60 TEUR.

Frau Stahs wollte wissen, wieso 80 TEUR Stellplatzablässe einfach verschwinden.

Herr Heinz erwiderte, dass die Bauordnung davon abgesehen hat, die Stellplatzablässe tatsächlich zu entrichten, da dies innerstädtisch ist und dies demzufolge ein Verrechnungsposten gewesen wäre.

Herr Schaper fragte, ob es für zukünftige Bauvorhaben Optimierungsvorschläge gibt, damit bei Vorplanungen keine „Fehlplanungen“ entstehen. Kann schon detaillierter in die Planung reingegangen werden?

Durch **Herrn Heinz** wurde erklärt, dass das Thema eine größere Kostenverlässlichkeit ist. Es gibt zwei Ansatzpunkte: Es soll momentan zügig in das Schulnetz eine andere Wertigkeit hinein gebracht werden. Das fängt bei IT, Verkabelungen, etc. an und geht über das „Stark 3 Programm“ weiter. Die Masse von Baumaßnahmen zeigt eine Begrenzung des Zeitbudgets, um alle Angelegenheiten von vornherein durchzuprüfen. Vorteilhafter wäre, wenn die Mitarbeiterkapazität höher wäre.

Künftig muss ein höheres Augenmerk bei Kostenschätzungen und Vorplanungen erfolgen. Die Standards für künftige Neubauten müssen gesammelt werden (wie Jalousien, Brandmeldeanlagen etc.), um die Aufgabenstellung künftig präziser vorliegen zu haben. Es ist ein laufender Akt, aber es wird daran gearbeitet.

Wortprotokoll auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion

Herr Schachtschneider

So, ich habe auf der Liste: Herr Senger, Frau Ranft, Herrn Wagner und Herrn Lange. Habe ich Jemanden vergessen? Dann bitte Herr Senger.

Herr Senger

Ja also, also ich finde es erstmal gut, dass wir uns jetzt einig sind, dass Schulen Aulas brauchen. Denn die Diskussion: Ja oder Nein, ich glaube, das war ziemlich merkwürdig, dass wir das im Rat diskutieren mussten.

Was mich aber jetzt ein bisschen stört, also ich verstehe, dass es auf Grund der aktuellen Situation veränderte Baupreise gibt, das ist mir völlig alles klar und dass sich die Stadt wahrscheinlich mit ihrem Bauvolumen selbst da ein bisschen ein Eigentor schießt auf Grund

der Menge, die da gerade kommt, das kann auch sein, das ist aber letztendlich nicht der Stadt geschuldet, sondern das ist einfach Angebot und Nachfrage, das ist auch völlig klar.

Was ich aber nicht verstehe und Herr Heinz, nehmen Sie mir das bitte nicht übel, wir haben hier eine Vorstellung für diese Aula bekommen, wo wir bestimmte Fragen gestellt haben, die wurden immer ganz klar erklärt, so wie das jetzt hier ist, geht das alles durch und so läuft das auch alles. Da wurde eine riesengroße Erklärung gebracht, mit einem Aufzeigen von allen Dingen, die letztendlich in diesem Projekt drin waren.

Da war nie davon die Rede, dass das einfach nur mal so ein „Pi mal Daumen“ Projekt ist. Sondern da war klar gesagt, so wird sie gebaut und so kann sie gebaut werden und so ist auch alles in Ordnung. Wir haben über Schallschutz gefragt, wir haben über behindertengerechte Situationen nachgefragt und immer wieder kam die Antwort: So wie das Projekt dort geplant worden ist, ist das alles mit eingeplant und ist auch letztendlich so umsetzbar.

Und jetzt plötzlich kommt, unabhängig jetzt von diesen Baukostenerhöhungen, die normal sind, kommen dann plötzlich solche Dinge raus, das man feststellt, wir brauchen da plötzlich ein Foyer da vorn, damit man das mehr abschotten kann, das passt nicht. Dann die Geschichte mit der Klimaanlage, auch da wurde gefragt, weil DIE GRÜNEN nämlich gesagt hatten, machen wir doch oben das Dach noch grün. Nein, da hieß es, das geht nicht, es geht maximal die Klimaanlage, mehr können wir da oben nicht drauf packen, das ist alles so durchgeplant wegen der Statik, das ist alles so durchgeplant, mehr geht da nicht mehr und jetzt plötzlich geht das alles nicht mehr und es wird alles völlig anders gemacht.

Also, Entschuldigung bitte, es ist mir ein absolutes Rätsel und wie gesagt, ich wiederhole mich heute, ich sitze schon sehr lange hier. Ich habe viele von diesen Projekten gesehen, die vorgestellt worden sind. Aber so eine desaströse Geschichte, wie wir jetzt mit dieser Aula haben, also die habe ich bisher noch nicht ein einziges Mal gesehen. Wir hatten immer mal Anpassungen. Doch, es gibt eins, das Neustädter Gymnasium, da waren wir ursprünglich bei 5,6 Mio. Euro und über das wird alles gebaut, mittlerweile haben wir da mehr wie das Doppelte.

Aber Entschuldigung bitte, die Erklärung, die reicht mir einfach nicht, dass man jetzt richtig geplant hat. Also entweder hat Obermeyerplanung an dieser Stelle mal richtig Mist gemacht, wie sie es bei der Bahn ja auch geschafft haben, oder ich weiß es nicht. Entweder waren vielleicht auch die Anforderungen und die Aufgabenstellungen gegenüber dem Planer nicht richtig, aber so wie das jetzt hier läuft, also auch mit diesen eklatanten Fehlern, Akustikdecke, das geht doch nicht, das muss doch auch schon in so einer Planung, wie man sie hier letztendlich den Stadträten hier vorgeführt hat, muss es doch schon gewisse Hand und Fuß haben.

Wenn wir davon ausgehen, Sie stellen uns hier etwas vor, oder müsste man sagen, okay, da wird jetzt eine Zahl gesagt, aber im Prinzip können wir da nochmal ein Drittel drauf rechnen, eventuell vielleicht, dann wird das Ganze echt schwierig, dann überhaupt noch irgendetwas durch die Stadträte hier durchzukriegen an Beschlüssen.

Das funktioniert so nicht und deswegen, ich hoffe, dass sie gebaut wird und das sie jetzt möglichst zügig gebaut wird und ich plädiere auch dafür, dass die Fassade so gebaut wird, wie jetzt geplant ist, denn das ist ja auch ein Stück weit eine Identität zu der Schule selbst und zu dem Namen der Schule, also dann darauf zu verzichten, nur aus Kostengründen, das halte ich für falsch.

Letztendlich aber bitte ich einfach darum, wenn wir so eine Sache hier noch einmal zu Gesicht bekommen, wo Objekte vorgestellt werden, dass man dann auch explizit darauf

hinweist: Liebe Leute, das ist hier eine ganz grobe Planung, da sind wir mit den Zahlen wirklich noch nicht mal am Ansatz in den richtigen Positionen oder man sagt: Wir haben jetzt hier etwas und das ist so und dann kann maximal noch durch Kostensteigerungen, die üblich sind am Markt, eventuell eine Veränderung stattfinden, aber nicht, dass wir das Ding hier zur Hälfte noch umbauen. Das ist, ganz ehrlich, also ich weiß nicht, mir fehlen da die Worte, ganz ehrlich.

Herr Schachtschneider

Möchten Sie darauf reagieren?

Frau Brederlow

Nein.

Ende Wortprotokoll

Frau Ranft sprach an, dass jetzt mehrfach die gleichen Argumente gehört worden sind und eine allgemeine Unzufriedenheit besteht, dass jetzt solche Änderungen und Kostenhöhen vorliegen. Sie plädierte dafür, dass man die Sache jetzt vorantreiben sollte und bat noch um eine Meinungsäußerung durch Herrn Wagner.

Sie sprach an, dass es gewollt ist, dass jeder Schulkomplex eine Aula erhalten soll, dies ist auch beim Neustädter Gymnasium, Am Campus und am Holzplatz mit dem Atrium so kommuniziert worden. Aus pädagogischen Gesichtspunkten muss klar sein, dass eine Aula auch der sogenannte „3. Pädagoge“ ist. Hier im Bildungsausschuss geht es um fachliche und nicht finanzielle Aspekte, die ein Thema sein sollen.

Herr Wagner sagte, dass es keinen Zweifel an der Priorität zu der Aula geben sollte, da es ansonsten auch keinen Beschluss gegeben hätte. Die Elternschaft der 2. IGS hat den Eindruck, dass die Aula, die sowieso anfangs ein „ungeliebtes Kind“ war, durch eine Kostenexplosion noch blockiert werden soll. Die Ängste sind da, dass der Bau nun nicht erfolgen wird.

Herr Heinz gab sein Beamtenehrenwort, dass es sich um rein fachliche Gesichtspunkte handelt.

Frau Brederlow widersprach der Auffassung, dass die Kosten nach oben getrieben wurden, um den Bau noch zu verhindern. Der Bau soll so gut und solide wie möglich gemacht werden, damit dieser auch nachhaltig bleibt. Die Aula ist als Mehrzweckbau gedacht.

Sie fand es bedauerlich, dass bei der Vorplanung einige Gesichtspunkte nicht ganz berücksichtigt worden sind, zu dem Herr Heinz auch gesagt hatte, dass die Verwaltung daraus auch gelernt hat und er hatte auch auf die Personalsituation im Fachbereich Immobilien hingewiesen. Der Arbeitsmarkt ist auch mit Bauingenieuren nicht reich besetzt, sodass dies auch ein Grundproblem darstellt. Die Verwaltung kommt da auch an ihre Grenzen. Sie unterstrich, dass die Verwaltung diese Aula genauso haben will, wie dies vom Grundsatz her beschlossen worden ist und man jetzt in der Ausgestaltung ist.

Herr Wagner sagte, dass er der Verwaltung hier nichts unterstellen wollte, auch wenn der Eindruck nach Außen diese Wirkung hat. Für Außenstehende ist es unverständlich, wieso die Baukosten um diese Höhe angestiegen sind. Die Berichterstattung in den Medien tut ein Übriges.

Durch **Herrn Lange** wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es im gesamten Stadtrat den politischen Willen gab, diese Aula zu bauen. Die Fraktionen vertreten auch jetzt nach wie vor

die Auffassung, dass dieses Gebäude kommen muss, da dies die Schule und der gesamte Stadtteil dort brauchen.

Er fragte, inwieweit eine solche Aula standardisiert für die Stadt gebaut werden kann. Der große Schulkomplex an der Wolfgang Borchert-Schule, wenn das mal so werden soll, wie angedacht, hat dann ebenfalls einen Bedarf an solch einem Mehrzweckgebäude. Das kann auch für Heide-Nord oder andere Stadtteile nochmal interessant werden. Deswegen möchte er wissen, inwieweit so ein Gebäude zum Standard gemacht werden kann. Er unterstrich seinen politischen Willen, in diese Richtung weiter zu agieren.

Herr Lange wies darauf hin, dass er sich die damalige Präsentation zu diesem Objekt nochmals angeschaut hat. Die Keramikverkleidung war bereits damals schon bei den 2,7 Mio. EUR dabei. Deswegen wollte er wissen, was daran jetzt teurer geworden ist. In der Präsentation ist auch enthalten, dass eine Klimaanlage inklusive Verschattungsanlage enthalten ist.

Herr Heinz sagte, dass jeder Standard ein anderer ist und bei jeder Schule werden andere Zahlen sein, die unterschiedlich sind. Die wesentlichen Eckpunkte können sicher übernommen werden, wie Schall, Brandmeldeanlagen etc. Die Grundaussagen können sicher als technische Aufgabenstellung für eine solche Multifunktionshalle aufgenommen werden.

Bezüglich der Klimaanlage teilte er mit, dass die Mehrkosten durch die Einhausung der Klimaanlage am Boden – statt der Anbringung auf dem Dach – entstanden sind.

Herr Lange wiederholte seine Frage zu den Veränderungen bei den Verschattungsanlagen, hier sagte **Herr Heinz** eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Senius merkte an, dass jetzt seit einer $\frac{3}{4}$ Stunde über die Kostensteigerungen diskutiert wird. Klar ist, dass die Aula gebaut werden soll. Finanzielle Details müssen im Finanzausschuss oder Stadtrat diskutiert werden.

Deswegen stellte er den *Geschäftsordnungsantrag auf Abschluss der Rednerliste*.

Herr Schachtschneider ließ über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Schachtschneider rief als letzten Redner der Rednerliste Herrn Heym auf.

Herr Heym wollte ebenfalls anregen, dass die Diskussion nicht vermischt werden soll. Wer die Entwicklung der ehemaligen 2. IGS beobachtet hat, konnte feststellen, dass dort eine hohe Identifikation der Schüler/-innen mit ihrer Schule besteht. Die Veranstaltungen im letzten Jahr an der Schule haben ein großes Engagement der Schüler/-innen und Pädagogen gezeigt. Zwischen Pädagogen und Schüler/-innen scheint es ein sehr gutes Verhältnis zu geben, was sehr beachtenswert ist. Die Mittel für die Aula sollten schnellstmöglich freigegeben werden.

Herr Schachtschneider rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis skE: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Strä: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses, Vorlagen-Nr.: VI/2019/05031 zum Neubau einer Aula mit Mehrzwecknutzung an der „Marguerite Friedlaender Gesamtschule“ (vormals 2. Integrierte Gesamtschule), Standort Ingolstädter Straße 33, 06128 Halle (Saale) mit einem erhöhten Kostenrahmen.

zu 4.4 Namensgebung des Neuen Städtischen Gymnasiums Vorlage: VII/2019/00652

Frau Brederlow wies auf den Beschluss der Gesamtkonferenz hin und empfahl diesem zu folgen.

Herr Schachtschneider rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis skE einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Strä: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz zu folgen und das Neue Städtische Gymnasium zum 01.02.2020 in

Lyonel-Feininger-Gymnasium

umzubenennen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Friedrich Lembert zu Versetzungen an der Schule am Lebensbaum

Herr Lembert schilderte einen Einzelfall, der ihm bekannt war. Ein behindertes Kind konnte an der Schule „Am Lebensbaum“ nicht versetzt werden, weil die räumlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren. Deswegen fragte er, ob der Stadt Fälle an dieser Schule bekannt sind, wo es zu nicht erfolgten Versetzungen wegen der räumlichen Voraussetzungen gekommen ist. Außerdem wollte er wissen, wie an dieser und anderen Schulen mit behinderten Schüler/-innen die räumlichen Voraussetzungen eingeschätzt werden.

Frau Brederlow sagte, dass der Stadt solche Fälle nicht bekannt sind. Versetzungen erfolgen schulintern und liegen nicht in der Zuständigkeit der Kommune. Eine entsprechende Beschwerde hat die Verwaltung auch nicht erreicht.

Sie verwies hinsichtlich der behindertengerechten Gegebenheiten an Schulen auf die aktuelle Schulentwicklungsplanung und die aktuellen Bauvorhaben. Auch Förderschulen sind Teil des Schulsanierungsprogramms und werden schrittweise weiter ertüchtigt, bspw. am Carl-Schorlemmer-Ring das Lernzentrum Halle Neustadt oder die Förderschulen Korczak und Salzmann.

Die Schule „Am Lebensbaum“ befindet sich in einem relativ guten baulichen Zustand und bedarf momentan keiner Erneuerung. Mittelfristig nachzubessern ist jedoch der Brandschutz im ersten Obergeschoss, da hier zurzeit keine Kinder mit Rollstuhl unterrichtet werden können.

Insgesamt sind die Kapazitäten aller Förderschulen Teil der Bedarfsbetrachtung im Rahmen der Schulentwicklungsplanung. Insbesondere im Segment Förderschulen für geistig Behinderte ist dem zu erwartendem Aufwuchs mittelfristig durch eine vierte Förderschule für geistig Behinderte Rechnung zu tragen. Hierfür hat die Stadt die Liegenschaft in der Ludwig-Bethcke-Straße im Jahr 2018 angekauft. Diese Schule wird in den nächsten Jahren saniert und wird als Ausweichobjekt für die Astrid Lindgren Schule dienen und soll danach als eigenständige vierte Förderschule für Kinder mit geistiger Behinderung weitergeführt werden.

zu 8.2 Herr Lange zur Verfahrensweise Beschaffung an Schulen

Herr Lange fragte, ob es Ende 2019 für die Schulen ein Stopp gab, dass Beschaffungen nicht mehr getätigt werden durften. Ihm ist ein Fall bekannt, dass einer Schule beantragte Beschaffungen aus dem Schulbudget nicht mehr realisiert wurden.

Frau Brederlow bat darum, den Einzelfall der Verwaltung zu benennen, damit dies geprüft werden kann.

zu 8.3 Herr Lange Fassade ehemalige 2. IGS

Herr Lange fragte, ob die Kosten der Fassade der ehemaligen 2. IGS jetzt schon im Haushalt veranschlagt worden sind, was **Frau Brederlow** bejahte.

zu 8.4 Herr Schiedung zur Verfahrensweise Beschaffung an Schulen

Herr Schiedung bestätigte, den von Herrn Lange unter TOP 8.2 benannten Fall. Die Schulleiterin der Glauchaschule hatte einen Antrag auf Beschaffungen gestellt, welcher abgelehnt worden ist, obwohl diese die Notwendigkeit auch begründet hatte, weil dies verlangt wurde. Deswegen fragte er zu dem Verfahren nach.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Anregung Herr Lange zum Volksbegehren Personal an Schulen

Herr Lange regte an, das Volksbegehren zu Personal an Schulen zu unterstützen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Schachtschneider** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
stellv. Protokollführerin